

13. November 2023

An den Rat der Stadt Schloß Holte-Stukenbrock
Herrn Bürgermeister Erichlandwehr

Antrag als Vorlage zu den Haushaltsberatungen im OA am 28.11.2023

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
sehr geehrte Damen und Herren des Rates!

Die FDP-Fraktion beantragt,

der Rat der Stadt Holte-Stukenbrock möge beschließen:

Die Verwaltung prüft die verkehrsrechtliche Anordnung eines Zebrastreifens an der Bahnhofstraße, sowie an der Kaunitzer Straße (im Bereich Mozartweg) und realisiert diese kurzfristig in 2024. Dies geschieht im Vorgriff zum geplanten Ausbau der Straßen durch den Kreis Gütersloh. Die notwendigen Mittel werden im Haushalt bereitgestellt (Produkt 02.03.01).

Begründung:

Die FDP-Fraktion greift mit diesem Antrag ein Thema auf, mit dem wir uns auch in der Vergangenheit mehrfach befasst haben. Auf unsere Initiative hin hat es mehrfach zu Querungshilfen/ Zebrastreifen positive politische Beschlüsse gegeben (zuletzt im Rahmen der Haushaltsberatungen 2023 in Form einer Zielformulierung beim Produkt 12.01.02 „Bau und Unterhaltung von Verkehrsflächen“ für den Bereich der Bahnhofstraße).

Bislang wurde die Realisierung von Zebrastreifen oder Querungshilfen immer mit Verweis auf die anstehenden Straßensanierungen durch den Kreis Gütersloh vertagt. Nach jüngsten Informationen ist mit dem Ausbau der Straßen beginnend frühestens ab 2027 zu rechnen.

Wir halten einen Zebrastreifen an der Bahnhofstraße und an der Kaunitzer Straße für dringend erforderlich. Der Bahnhof ist der zentrale ÖPNV-Knotenpunkt in der Stadt. Gegenüber befindet sich unter anderem ein Park & Ride Parkplatz. Die Kaunitzer Straße gehört ebenfalls zu den meistfrequentierten Straßen in der Stadt.

Die Stadt sollte unserer Meinung nach direkt selber aktiv werden und handeln, wenn der Kreis es einfach nicht hinkommt. Dabei sollte im Hinblick auf den irgendwann stattfinden Ausbau der Straßen eine möglichst kostengünstige Lösung in den Blick genommen werden (Markierungen, Schilder und ggfs. Beleuchtung). Vermutlich sind Zebrastreifen günstiger zu realisieren, als Mittelinseln o.ä.

Es ist den Bürgerinnen und Bürgern nicht weiter vermittelbar, wie solche Planungszeiträume zustande kommen. Die Menschen interessieren sich nicht für Zuständigkeitsgeplänkel zwischen dem Kreis und der Stadt – und das vollkommen zu Recht.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Thorsten Baumgart